

Protokoll 189. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Samstag, 19. März 2022, 08.30 Uhr bis 12.15 Uhr, in der Halle 9
der Messe Zürich

Vorsitz: Präsident Mischa Schiwow (AL)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Anwesend: 118 Mitglieder

Abwesend: Mélissa Dufournet (FDP), Dr. David Garcia Nuñez (AL), Christina Horisberger (SP), Pascal Lamprecht (SP), Dr. Christian Monn (GLP), Marcel Müller (FDP), 1 Sitz vakant

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|--------------------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 29. | 2021/350 | A/P Dringliche Motion von Christine Seidler (SP), vertreten durch Christina Horisberger (SP) und 30 Mitunterzeichnenden vom 01.09.2021:
Historische Aufarbeitung der Rolle der Fürsorgebehörden und weiteren Protagonisten betreffend die angeordneten Zwangsmassnahmen, einschliesslich der Abläufe im Zusammenhang mit dem Waffenfabrikanten Emil G. Bührle und dem Marienheim | VS |
| 30. | 2021/353 | E/A Dringliches Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Markus Kunz (Grüne) vom 01.09.2021:
Aufarbeitung der Geschichte der Frauen des Arbeitslagers Veltener der Veltener Maschinenbau GmbH sowie Dokumentierung und Vermittlung der Resultate im Kunsthaus | STP |
| 31. | 2021/438 | E/A Dringliches Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 10.11.2021:
Neugestaltung der Annexausstellung im Kunsthaus-Erweiterungsbau ohne Beschönigung des historischen Sachverhalts und unter Einbezug der neusten wissenschaftlich-historischen Erkenntnisse | STP |
| 32. | 2021/467 | Dringliche Interpellation von Dr. Frank Rühli (FDP) und Severin Pflüger (FDP) vom 24.11.2021:
Sammlung von Emil Georg Bührle im Kunsthaus Zürich, Haltung zur aktuellen Präsentation der Sammlung Bührle, Rolle der Politik und Möglichkeiten der Stadt bei der weiteren Aufarbeitung der Sammlungsprovenienz sowie langfristige Gewährleistung der Präsentation der Sammlung in Zürich | STP |

- | | | | | |
|-----|--------------------------|-----|--|-----|
| 33. | 2021/482 | E/A | Dringliches Postulat von Willi Wottreng (AL) und Natalie Eberle (AL) vom 01.12.2021:
Übereignung der Gemäldesammlung der Bührlle-Stiftung als Schenkung an die Stadt sowie Ermöglichung einer unabhängigen Provenienzforschung und Bewirtschaftung der Bestände | STP |
| 34. | 2020/470 | E/A | Motion der SP-, Grüne-, GLP- und AL- Fraktion sowie der Parlamentsgruppe EVP vom 28.10.2020:
Transparenz betreffend Finanzierung von städtischen Parteien und städtischen Abstimmungs- und Wahlkampagnen | STP |
| 35. | 2020/514 | | Interpellation von Stefan Urech (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 18.11.2020:
Studie betreffend Rassismus in den obligatorischen Lehrmitteln der Stadt, Stellungnahme zur Feststellung der Tabuisierung dieser Thematik durch «weisse Lehrpersonen», zur Qualifikation der Autorinnen und zur Finanzierung der Studie | STP |
| 36. | 2021/14 | | Interpellation von Dr. Frank Rühli (FDP) und Sebastian Vogel (FDP) vom 13.01.2021:
Weltweite «Städte-Rankings», Art der Beteiligung des Stadtrats bei der Erstellung dieser Rankings und Einfluss der Resultate auf die strategische Planung sowie mögliche Reaktion auf die schlechteren Ranking-Resultate | STP |
| 37. | 2021/29 | A | Postulat von Yasmine Bourgeois (FDP), Mélissa Dufournet (FDP) und 26 Mitunterzeichnenden vom 20.01.2021:
Rückzug der Weisung 2020/477 betreffend Rahmenkredit für die Einführung einer Züri City-Card und Abschreibung der entsprechenden Motion | STP |
| 38. | 2021/90 | A/P | Motion der SP- und Grüne-Fraktion vom 10.03.2021:
Gebietsplanung für das Schlachthof-Areal hinsichtlich einer langfristigen gewerblichen Mischnutzung und einer hohen öffentlichen Durchlässigkeit sowie einer klimaökologischen Ausgestaltung | STP |
| 39. | 2021/373 | E/A | Postulat von Willi Wottreng (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 15.09.2021:
Integration einer «Kunstwandelhalle» im Zentralgebäude des alten Schlachthofs | STP |
| 40. | 2021/481 | E/A | Postulat von Përparim Avdili (FDP), Flurin Capaul (FDP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 01.12.2021:
Areal Schlachthof, Entwicklung eines «Zurich Food Cluster» für Gewerbe, Produktion und Innovation im Lebensmittelbereich | STP |
| 41. | 2021/91 | A/P | Motion von Christine Seidler (SP) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 10.03.2021:
Realisierung eines befristeten Real- respektive Stadtlabors (Laborquartiers) | STP |

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

5101. 2022/97

Erklärung der FDP-Fraktion vom 19.03.2022: Bührle-Debatte im Gemeinderat

Namens der FDP-Fraktion verliest Dr. Frank Rühli (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Die Bildersammlung Emil Bührle: Objektivität statt Skandalisierung

Die weltberühmte Sammlung von Emil Georg Bührle ist seit Jahren im Fokus diverser Interessensgruppen. In letzter Zeit sind weitere skandalisierende Medienberichte erschienen und als Folge davon erneut politische Vorstösse im Gemeinderat eingereicht worden.

Die FDP steht ein für konstruktive und objektive Geschichts- und Provenienzforschung, jedoch nicht für Cancel Culture oder einseitige Geschichtsverklärung. Gute Forschung ist ergebnisoffen und kennt nicht schon zu Beginn das Resultat. Sie ist auch nicht primär von der Politik oder einzelnen Interessensgruppen getrieben.

Es gilt zu bedenken: Geschichtsbeurteilung ist immer auch vom Zeitgeist abhängig. Niemand weiss, wie wir selbst in 80 Jahren beurteilt werden. Wir wehren uns also gegen Vorverurteilungen verstorbener Personen jeglicher Couleur, welche mit der heutigen Brille und ohne wissenschaftliche Einordnung - wie oft von linker Seite mit der Moralkeule schwingend - angegriffen werden. Solch undifferenzierte Propaganda ist nicht der Stil der Stadtzürcher FDP. Die FDP anerkennt explizit die bisherigen Bemühungen der Nachfahren von Emil Georg Bührle, der Stiftung Sammlung E.G. Bührle und des Kunsthhauses zur Aufarbeitung der Sammlungsgeschichte. Wir finden es wichtig, wenn Sammlungsgeschichten aufgearbeitet werden und wenn historische Einordnungen geschehen. Das ist nicht nur intellektuell spannend, sondern gibt auch Einblicke in die eigene Vergangenheit und Aufschlüsse für die Gegenwart. Umfassende Provenienzforschung ist für uns ein Zeichen guter musealer Governance – moralisierende Wertungen und Partikularinteressen jedoch ein Zeichen schlechter Politik.

5102. 2022/98

Erklärung der Grüne-Fraktion vom 19.03.2022: Bührle-Debatte im Gemeinderat

Namens der Grüne-Fraktion verliest Markus Knauss (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Le lieu de mémoire est ouvert – il ne manque que le souvenir

Der Versuch, die Kunstsammlung des Waffenproduzenten, skrupellosen Kriegsgewinners und Profiteurs nationalsozialistischer Zwangsarbeit, Emil Georg Bührle, ohne Misstöne in das Kunsthhaus zu überführen, ist gründlich gescheitert. Die nationale wie die internationale Presse zeigten unverhohlen ihr Unverständnis darüber, wie die Stadt Zürich eine derart hoch belastete Sammlung ohne eine unabhängige Überprüfung der Provenienz der Kunstwerke in ein öffentliches Kunstmuseum hätte transferieren wollen.

Dass die Direktion des Kunsthhauses und die Stiftung Bührle uneinsichtig ihre ganz eigene Weltansicht pflegen, ist das eine. Sie knüpfen damit bei Emil Georg Bührle an, der Kunst nutzte, um über seine problematischen

Geschäfte und Verstrickungen hinwegzutauschen. Kulminationspunkt dieser Uneinsichtigkeit war die Medienkonferenz von Kunsthaus und Stiftung Bührlé am 16. Dezember 2021.

Was aber verwundert, ist die seit vielen Jahren passive Haltung von Stadt und Kanton Zürich. Seit 2010 stehen die immer gleichen Fragen im Raum: Ist die Provenienzforschung zu den Kunstwerken wirklich unabhängig genug? Was steht denn eigentlich im Leihvertrag zwischen dem Kunsthaus und der Sammlung Bührlé? Wie finden wir einen adäquaten Umgang mit Sammlung und Sammlungstifter?

2010 versprach der Stadtrat: «Die Entstehungsgeschichte der Sammlung Bührlé wird transparent offengelegt» (Antwort auf die Interpellation Seidler 2010/157). 12 Jahre später stellen wir fest, dass eine unabhängige Überprüfung der Provenienz noch immer ausstehend ist. Und schon 2012 mahnte der heutige Stadtrat Wolff an, dass ein geheimer Leihvertrag wohl nicht ausreichend sei, um die Öffentlichkeit genügend über die Rahmenbedingungen dieser Ausstellung zu informieren. Es brauchte 10 Jahre und die kritischen Fragen der Medien bis dieser Geheimvertrag endlich präsentiert wurde.

Nun erfahren wir auch, warum es so lange gedauert hat, bis dieser Knebelvertrag öffentlich geworden ist. Der Gemeinderat sollte explizit nicht über die gesamten Inhalte dieses Vertrages informiert werden. Kein Wunder, der Tenor des Vertrages lautete einfach, die öffentliche Hand soll zahlen, sich nicht einmischen und informiert wird sie auch nur so, wie es der Stiftung Sammlung Bührlé in den Kram passt.

Für einen Vertrag braucht es aber immer zwei Seiten. Es ist die Stiftung Sammlung Bührlé auf der einen, die Zürcher Kunstgesellschaft auf der anderen Seite. Die Zürcher Kunstgesellschaft hat einen Vorstand, der zur Hälfte aus Vertreter:innen der öffentlichen Hand besteht. Bei Vertragsabschluss waren das u.a. die Stadtpräsidentin Corine Mauch oder auch der Stadtpräsident von Winterthur, Ernst Wohlwend. Wir entnehmen dem Jahresbericht des Kunsthauses, dass dieser Vorstand lediglich vom Präsidenten und dem Direktor über den Vertrag informiert wurde und er diesem dann im Zirkularverfahren zugestimmt hat. Wenn das Finanzkapital und die noble Zürcher Kunstgesellschaft rufen, dann sehen die Vertreter:innen der öffentlichen Hand in diesem Gremium offenbar ihre Rolle darin, gehorsam zu sein. Die Sensibilität in Fragen der Erinnerungskultur oder auch der transparenten Information der Öffentlichkeit haben da keinen Platz.

Und damit stellen sich einmal mehr Grundfragen zur Governance. Stimmbevölkerung und Parlament können lediglich Grundsatzentscheide fällen, mehr nicht. Wenn die Zuständigen die Chance eines adäquaten Umgangs mit einer solchen Sammlung aber nicht erkennen und ihre Aufgabe lediglich darin sehen, abzunicken, was Interessenvertreter ihnen vorgeben, dann haben wir nur mehr wenig Möglichkeiten, korrigierend einzugreifen.

Mit den heutigen Vorstössen, aber auch dem Budgetkredit, den das Parlament am 8. Dezember 2021 für eine externe, unabhängige Weiterführung der historischen Forschung sowie die Weiterführung der Provenienzforschung betreffend Bührlé Sammlung gesprochen hat, kann der Stadtrat die Versäumnisse und Fehleinschätzungen der letzten 12 Jahre korrigieren.

Es bleibt uns nur zu hoffen, dass die deutlichen Signale, die dieses Parlament, die Öffentlichkeit und die Medien gesendet haben, gehört werden – endlich. Die nächste Gelegenheit uns über die weiteren Arbeiten zu informieren, bietet die Beratung der Totalrevision des Subventionsvertrages zwischen der Stadt Zürich und der Zürcher Kunstgesellschaft. Die Sammlung Bührlé in einem öffentlichen Kunstmuseum ist nicht irgendein Dutzendgeschäft. Die Sammlung Bührlé ist der Prüfstein, wie die Stadt Zürich eine adäquate Erinnerungskultur leben will.

An der nachfolgenden Erklärung der Parlamentarischen Gruppe EVP werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

5103. 2022/99

Erklärung der Parlamentarischen Gruppe EVP vom 19.03.2022: Bührlé-Debatte im Gemeinderat

Namens der Parlamentarischen Gruppe EVP verliest Ernst Danner (EVP) folgende Erklärung:

Kunst hat ihre Geschichte. Das soll mit allen Schattierungen dargestellt werden.

Wer den Erweiterungsbau des Kunsthauses betritt, wird von einer lichtdurchfluteten Welt von Schönheit empfangen. Auch wer nur schwach empfindet, kann sich dem Glanz dieser Bilder nicht entziehen. Zürich hat mit diesen Sammlungen ein Juwel, das zu Recht Heerscharen von Besucherinnen und Besuchern anzieht.

Es ist eine demokratische Verpflichtung, dass Ausstellungsobjekte von einer solchen Grösse einem breiten und internationalen Publikum zugänglich gemacht werden. Die Stiftung Bührlle und die Stadtzürcher Stimmberechtigten am 25. November 2012 mit ihrem Ja zum Erweiterungsbau des Kunsthhauses sind dieser Verpflichtung nachgekommen.

Es ist zugleich eine demokratische und moralische Verpflichtung, die Geschichte dieser Ausstellung in all ihren Schattierungen aufzuarbeiten und darzustellen. Der Sammler war deutscher Soldat im 1. Weltkrieg gewesen, dann Mitglied des berüchtigten Freikorps Röder, das kommunistische AktivistInnen brutal bekämpfte, schliesslich bis zu seinem frühen Tod Geschäftsführer und Besitzer der Werkzeugmaschinen- und Waffenfabrik Oerlikon. In den dunkelsten Jahren des letzten Jahrhunderts kaufte er einerseits diese Bilder und verkaufte andererseits Waffen an das kommunistische Russland von Stalin, dann an England und in Lizenz an die Amerikaner. Und als die Exporte dorthin nicht mehr möglich waren, verkaufte er an die Schweizer Armee und während des ganzen 2. Weltkrieges an Hitlers nationalsozialistisches Deutschland. Unter den für die Sammlung gekauften Objekten gab es auch Raub- und Fluchtkunst. Das alles ist schon lange bekannt.

Die ausserordentliche Sammlung und die ausserordentlichen Umstände ihrer Entstehung verlangen eine ausserordentliche Aufarbeitung und Darstellung ihrer Geschichte. Es geht der EVP nicht um moralische Urteile, sondern vielmehr um eine moralische Verpflichtung. Es ist einfach, mit dem Zeigfinger auf die Person des Sammlers zu zeigen, weil er Waffen verkaufte, wem immer er liefern konnte. Wer sich selbst verteidigen will, oder wer immer vom Wohlstand profitiert, der durch Handel mit totalitären Staaten und Regimes zustande kam, soll sich gut überlegen, ob er Steine werfen will.

Wenn wir uns als EVP für die schonungslose und umfassende Aufarbeitung aller Aspekte der Herkunft und der Finanzierung der Ausstellungsobjekte einsetzen, tun wir das mit Blick auf unsere moralische Verpflichtung heute. Wir sollen aus der Geschichte lernen können. Es soll uns beispielsweise bewusst werden, wann die Trennung von einem Gemälde aus freien Stücken erfolgt, wann unter Zwang, wann wegen Gewalt. Die Stiftung Bührlle hat bereits selbst in dieser Hinsicht eine sehr hochwertige Arbeit geleistet. Die EVP teilt aber die Meinung, dass in einer öffentlichen Sammlung die Provenienzforschung von einem unabhängigen Gremium durchgeführt oder überprüft werden muss und dass die Ergebnisse in aller Objektivität, weder beschönigend noch herabwürdigend dargestellt werden sollen. In diesem Sinne wird die EVP die meisten der eingereichten Vorstösse unterstützen.

Die EVP erachtet es zusätzlich als notwendig, dass in der Ausstellung bzw. im Dokumentationsraum der Ausstellung auch die Vorbesitzer der Ausstellungsobjekte gewürdigt werden: jene Menschen, die sich unter verfolgungsbedingtem Zwang oder Terror von ihren Gemälden trennen mussten. Diesen Menschen war es unter brutalsten Umständen verwehrt, an der Ästhetik ihrer Werke teilzuhaben. Die Traumata dieser Verfolgung sind bis heute sicht- und spürbar. Wir werden beim Postulat der Fraktionen von SP, Grünen und AL einen entsprechenden Textänderungsantrag stellen, damit auch diese Protagonisten der Ausstellungsgeschichte die ihnen gebührende Würdigung erfahren werden.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin zur Bührlle-Debatte im Gemeinderat Stellung.

5104. 2021/350

**Dringliche Motion von Christine Seidler (SP), vertreten durch Christina Horisberger (SP) und 30 Mitunterzeichnenden vom 01.09.2021:
Historische Aufarbeitung der Rolle der Fürsorgebehörden und weiteren Protagonisten betreffend die angeordneten Zwangsmassnahmen, einschliesslich der Abläufe im Zusammenhang mit dem Waffenfabrikanten Emil G. Bührlle und dem Marienheim**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Ursula Näf (SP) begründet die Dringliche Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 4317/2021).

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Maya Kägi Götz (SP) ist einverstanden die Dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Stefan Urech (SVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2022/100 (statt Dringliche Motion GR Nr. 2021/350, Umwandlung) wird mit 80 gegen 15 Stimmen (bei 21 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5105. 2021/353

Dringliches Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Markus Kunz (Grüne) vom 01.09.2021:

Aufarbeitung der Geschichte der Frauen des Arbeitslagers Velten der Veltener Maschinenbau GmbH sowie Dokumentierung und Vermittlung der Resultate im Kunsthaus

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Markus Knauss (Grüne) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4320/2021).

Stefan Urech (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 15. September 2021 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Dringliche Postulat wird mit 79 gegen 16 Stimmen (bei 21 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5106. 2021/438

**Dringliches Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 10.11.2021:
Neugestaltung der Annexausstellung im Kunsthaus-Erweiterungsbau ohne
Beschönigung des historischen Sachverhalts und unter Einbezug der neusten
wissenschaftlich-historischen Erkenntnisse**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Willi Wottreng (AL) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4583/2021).

Stefan Urech (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 24. November 2021 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Ernst Danner (EVP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Annexausstellung im Kunsthaus Erweiterungsbau zur Geschichte der Bührle-Sammlung von ihren Beschönigungen befreit und Geschichte und die Finanzierung der im Kunsthaus präsentierten Bührle-Sammlung und insbesondere die Herkunfts- und Ankaufsgeschichte der Ausstellungsobjekte ungeschminkt dargestellt und so die Sammlung zu einer mit attraktiven Ausstellungsmitteln gestalteten, selbstbewussten und den neuesten wissenschaftlich-historischen Erkenntnissen gerecht werdenden Ausstellung gestaltet werden kann. Insbesondere soll im Dokumentationsraum das Thema Raub- und Fluchtkunst seiner Relevanz im Zusammenhang mit den Ausstellungsobjekte entsprechend dargestellt und die Bedeutung von früheren Besitzenden, die unter Zwängen veräussern mussten, gewürdigt werden. Besuchende sollen nachvollziehen können, wie die Sammlung entstanden ist und den Weg ins Kunsthaus gefunden hat. Die Stadt Zürich hat mit 88 Millionen Franken zum Erweiterungsbau beigetragen und soll nun beitragen, dass er die Stadt auch in würdiger Weise repräsentiert. Diese Annexausstellung ist von einem unabhängigen Expert:innen-Gremium zu gestalten.

Willi Wottreng (AL) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Dringliche Postulat wird mit 102 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5107. 2021/467

Dringliche Interpellation von Dr. Frank Rühli (FDP) und Severin Pflüger (FDP) vom 24.11.2021:

Sammlung von Emil Georg Bührle im Kunsthaus Zürich, Haltung zur aktuellen Präsentation der Sammlung Bührle, Rolle der Politik und Möglichkeiten der Stadt bei der weiteren Aufarbeitung der Sammlungsprovenienz sowie langfristige Gewährleistung der Präsentation der Sammlung in Zürich

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Interpellation (STRB 46 vom 19. Januar 2022).

Dr. Frank Rühli (FDP) nimmt Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

5108. 2021/482

Dringliches Postulat von Willi Wottreng (AL) und Natalie Eberle (AL) vom 01.12.2021:

Übereignung der Gemäldesammlung der Bührle-Stiftung als Schenkung an die Stadt sowie Ermöglichung einer unabhängigen Provenienzforschung und Bewirtschaftung der Bestände

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Willi Wottreng (AL) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4689/2021).

Stefan Urech (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 12. Januar 2022 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Dringliche Postulat wird mit 9 gegen 52 Stimmen (bei 53 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

5109. 2020/470

Motion der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion sowie der Parlamentsgruppe EVP vom 28.10.2020:

Transparenz betreffend Finanzierung von städtischen Parteien und städtischen Abstimmungs- und Wahlkampagnen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Florian Utz (SP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 3112/2020).

Roger Bartholdi (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 25. November 2020 gestellten Ablehnungsantrag.

Severin Pflüger (FDP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, mit welcher bei der Finanzierung von städtischen Parteien und von städtischen Abstimmungs- und Wahlkampagnen Transparenz geschaffen wird. Dabei soll sich die Weisung an der neuen Stadtberner Regelung orientieren, sodass die Herkunft von Spenden (inklusive Mandats-, Mitglieder- und Gönnerbeiträge) von mehr als 5'000 Franken rechtzeitig vor dem jeweiligen Urnengang ausgewiesen werden muss und die Annahme anonymer Spenden verboten ist.

Florian Utz (SP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Die geänderte Motion wird mit 99 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5110. 2020/514

Interpellation von Stefan Urech (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 18.11.2020: Studie betreffend Rassismus in den obligatorischen Lehrmitteln der Stadt, Stellungnahme zur Feststellung der Tabuisierung dieser Thematik durch «weisse Lehrpersonen», zur Qualifikation der Autorinnen und zur Finanzierung der Studie

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 329 vom 7. April 2021).

Stefan Urech (SVP) nimmt Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

5111. 2021/14

Interpellation von Dr. Frank Rühli (FDP) und Sebastian Vogel (FDP) vom 13.01.2021:

Weltweite «Städte-Rankings», Art der Beteiligung des Stadtrats bei der Erstellung dieser Rankings und Einfluss der Resultate auf die strategische Planung sowie mögliche Reaktion auf die schlechteren Ranking-Resultate

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 628 vom 23. Juni 2021).

Dr. Frank Rühli (FDP) nimmt Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

5112. 2021/29

Postulat von Yasmine Bourgeois (FDP), Mélissa Dufournet (FDP) und 26 Mitunterzeichnenden vom 20.01.2021:

Rückzug der Weisung 2020/477 betreffend Rahmenkredit für die Einführung einer Züri City-Card und Abschreibung der entsprechenden Motion

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Yasmine Bourgeois (FDP) zieht das Postulat zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

5113. 2021/90

Motion der SP- und Grüne-Fraktion vom 10.03.2021:

Gebietsplanung für das Schlachthof-Areal hinsichtlich einer langfristigen gewerblichen Mischnutzung und einer hohen öffentlichen Durchlässigkeit sowie einer klimaökologischen Ausgestaltung

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marcel Tobler (SP) begründet die Motion GR Nr. 2021/90 (vergleiche Beschluss-Nr. 3679/2021).

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Willi Wottreng (AL) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung für ~~eine Gebietsplanung~~ ein Gestaltungsplan für das Schlachthof-Areal vorzulegen, welcher Grundlage bildet für ein neues Nutzungskonzept. Leitplanken hierfür soll eine langfristige gewerbliche Mischnutzung (oder Hybridnutzung), sein, wobei in erster Linie die Vielfalt von gewerblichen, kreativen und künstlerischen, auch nicht-kommerziellen, Tätigkeiten im Vordergrund stehen soll. Das gesamte Gebiet soll über eine hohe Durchlässigkeit öffentlich zugänglich sein und auch entsprechende Nutzungen mit öffentlichem oder halböffentlichem Charakter aufweisen. Weiter soll das Areal der Bevölkerung als Freiraum für Erholung und als Ort für Freizeitaktivitäten zu Gute kommen und klimaökologisch ausgestaltet sein. ~~Die Gebietsplanung~~ Der Gestaltungsplan soll derart ausgelegt sein, dass ~~sie~~ er behördenverbindlich in den kommunalen Richtplan überführt werden kann.

Marcel Tobler (SP) ist mit der Textänderung einverstanden und ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die geänderte Motion wird mit 65 gegen 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5114. 2021/373

Postulat von Willi Wottreng (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 15.09.2021: Integration einer «Kunstwandelhalle» im Zentralgebäude des alten Schlachthofs

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Willi Wottreng (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4370/2021).

Jean-Marc Jung (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 3. November 2021 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Postulat wird mit 74 gegen 41 Stimmen (bei 1 Enthaltung) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5115. 2021/481

Postulat von Përparim Avdili (FDP), Flurin Capaul (FDP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 01.12.2021: Areal Schlachthof, Entwicklung eines «Zurich Food Cluster» für Gewerbe, Produktion und Innovation im Lebensmittelbereich

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Flurin Capaul (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4688/2021).

Willi Wottreng (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 15. Dezember 2021 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Marcel Tobler (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, auf dem Areal des heutigen Schlachthofes längerfristig ein «Zurich Food Cluster» für Gewerbe, Produktion und Innovation im Lebensmittelbereich zu entwickeln.

~~Die aktuellen Nutzenden sollen dabei nach Möglichkeiten berücksichtigt werden.~~

Flurin Capaul (FDP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 92 gegen 24 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5116. 2021/91

**Motion von Christine Seidler (SP) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 10.03.2021:
Realisierung eines befristeten Real- respektive Stadtlabors (Laborquartiers)**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 3680/2021).

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Stefan Urech (SVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2022/101 (statt Motion GR Nr. 2021/91, Umwandlung) wird mit 59 gegen 54 Stimmen (bei 1 Enthaltung) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

Am nachfolgenden Text werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

5117. 2022/102

**Postulat von Urs Riklin (Grüne), Dr. Roland Hohmann (Grüne) und 5 Mitunterzeichnenden vom 19.03.2022:
Schutz der Bevölkerung vor mutwilligem und übermässigem Motorenlärm durch den versuchsweisen Einsatz von sogenannten Lärmblitzern**

Von Urs Riklin (Grüne), Dr. Roland Hohmann (Grüne) und 5 Mitunterzeichnenden ist am 19. März 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, mit welchen Massnahmen er die Bevölkerung der Stadt Zürich vor mutwilligem und übermässigem Motorenlärm schützen kann. Hierzu soll er insbesondere den versuchsweisen Einsatz von Lärmmessgeräten in Kombination mit Bildermittlung (sogenannte Lärmblitzer) ins Auge fassen, um Erfahrungen zum Einsatz, zur Eignung und zur Wirksamkeit solcher Geräte für den Schutz vor dieser Lärmquelle aufzubauen.

Begründung:

Verkehrslärm beeinträchtigt die Wohn- und Lebensqualität vieler Menschen und hat gesundheitlich negative Folgen. Trotz der fortschreitenden Entwicklung für geräuschärmere Belags-, Antriebs-, und Fahrzeugtechniken wird die Bevölkerung vermehrt durch mutwilligen Strassenlärm belastigt: verursacht von Motorfahrzeugen mit Soundtuning durch präparierte Motoren, Auspuffe, Auspuffklappen oder Soundmaschinen, durch

übermässig starkes Beschleunigen der Fahrzeuge oder durch mutwillige hoctourige Fahrweise. Dabei entstehen nebst Motorenlärm mit hohen Lärmspitzen häufig auch Knallgeräusche, die weitherum in Wohnquartieren hörbar sind. Diese Lärmemissionen sind störend und rauben nachts den Schlaf vieler Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Zürich. Im Bericht «Externe Kosten und Nutzen des Verkehrs in der Schweiz» schätzt das Bundesamt für Raumentwicklung ARE die durch Strassenlärm verursachten Kosten für das Jahr 2018 auf 2'256 Mio. Fr.

Gemäss den Richtlinien der EU-Norm 540/2014, welche auch von der Schweiz angewendet werden, dürfen die lautesten Fahrzeuge nicht mehr als 80 Dezibel emittieren. Dank diesem Grenzwert können Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführer, die lauter unterwegs sind, gestützt auf Art. 42 in Verbindung mit Art. 90 SVG sowie, wenn sie die Auspuffanlage technisch oder elektronisch manipuliert haben, gestützt auf Art. 219 VTS bestraft werden.

Die Ermittlung von Verursachern von mutwilligem und übermässigem Motorenlärm ist jedoch aufwendig. Die Verzeigung erfordert zudem eine rechtlich solide und auf den Verursacher eindeutig zurückführbare Beweisgrundlage. Der Bundesrat wurde vom Parlament beauftragt, ein Massnahmenpaket zu erarbeiten, damit übermässige Lärmemissionen im Strassenverkehr einfacher und stärker sanktioniert werden können. Hierfür sollen auch Grundlagen für den Einsatz von Lärmblitzern geschaffen werden. Verschiedene Kantone und Gemeinden, namentlich der Kanton Genf und die Stadt Lausanne, setzten bereits heute versuchsweise Lärmblitzer ein, um Erfahrungen mit dem Einsatz solcher Geräte zu sammeln.

Die Stadt Zürich soll ebenfalls versuchsweise Lärmblitzer zur Lärmbekämpfung einsetzen. Zeigt die Verwendung dieser Geräte die gewünschte Wirkung, sollen sie routinemässig eingeführt werden, sobald die Voraussetzungen hierfür von Bund und Kanton geschaffen wurden. Durch die Erprobung von Lärmblitzern kann die Stadt Zürich Erfahrungen aufbauen und bei Bedarf interessierte Unternehmen bei der Entwicklung und Optimierung der Geräte unterstützen oder andere Gemeinden beim Einsatz der Geräte beraten.

Mitteilung an den Stadtrat

Das Postulat wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

K e n n t n i s s e n

5118. 2021/516

Schriftliche Anfrage von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Markus Kunz (Grüne) vom 15.12.2021:

Reduzierung der Standorte des Schulpsychologischen Dienstes (SPD), Angaben zur Raumbedarfs- und Standortstrategie, Einbezug der Mitarbeitenden, Begründung zum Abbau der Standorte, Auswirkung der Corona-Pandemie und Entwicklung der Anzahl Stellen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 229 vom 16. März 2022).

5119. 2021/517

Schriftliche Anfrage von Martina Novak (GLP) und Beat Oberholzer (GLP) vom 15.12.2021:

Gewährleistung einer sicheren Stromversorgung, Massnahmen des ewz zur Stärkung der Stromversorgungssicherheit, Potenzial der Windkraft und von Windkraftanlagen im Kanton, Möglichkeiten für die Beschleunigung der Bewilligungsverfahren und Instrumente für die Förderung lokaler Anlagen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 234 vom 16. März 2022).

Nächste Sitzung: 19. März 2022, 13.30 Uhr.